

Öffentlicher Dienst: Verhärtete Fronten vor zweiter Verhandlungsrunde

Berlin, 10.04.2016, 12:29 Uhr

GDN - Vor der zweiten Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes verhärteten sich die Fronten. "Die Warnstreiks der letzten Tage senden eine klare Botschaft: Die Beschäftigten von Bund und Kommunen lassen sich nicht mit Almosen abspeisen, sondern sie wollen deutlich spürbare Einkommenszuwächse", sagte der Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, der "Welt".

"Die haben sie, schon wegen der besonderen Arbeitsbelastung der letzten Monate, mehr als verdient." Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, die zusammen mit dem Beamtenbund und der Lehrgewerkschaft GEW für die rund 2,14 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen verhandelt, kündigte an, die Warnstreiks würden verstärkt, sollte es am Montag und Dienstag in Potsdam nicht zu einer Einigung kommen. Die Arbeitgeberseite zeigte sich pessimistisch: "Die Verhandlungen bieten auch in der zweiten Runde angesichts der Höhe der Gewerkschaftsforderungen viel Konfliktpotenzial", sagte der Verhandlungsführer der Kommunen, Thomas Böhle, der "Welt". "Dass die Gewerkschaften mit ihren Warnstreiks den Konflikt bereits in die kommunalen Einrichtungen getragen haben, vereinfacht nicht dessen Lösung." Dennoch wollte Böhle nicht ausschließen, dass die Arbeitgeber ein Angebot vorlegen. "Die Frage, ob wir in der zweiten Runde ein Angebot vorlegen, ist für uns eher nachrangig", sagte der Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Die Arbeitgeber verhandelten ergebnisorientiert. "Dennoch möchte ich nichts ausschließen." Bereits in der vergangenen Woche waren Tausende von Beschäftigten in nahezu allen Bundesländern dem Aufruf von Verdi gefolgt und hatten sich an Aktionen und mehrstündigen Warnstreiks beteiligt. Neben Stadtverwaltungen, Kindertagesstätten und anderen städtischen Einrichtungen waren auch Kliniken, Stadtwerke und Bundeseinrichtungen betroffen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-70710/oeffentlicher-dienst-verhaertete-fronten-vor-zweiter-verhandlungsrunde.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619